

Erscheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannisdorfer 33.

Sperrstunden der Redaction:

Vormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingekaufter Nummern macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 8 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

Zu den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Kriem, Universitätsstr. 22, Louis Böhm, Katharinenstr. 18, p. nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 252.

Sonnabend den 14. August 1880.

74. Jahrgang.

### Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 15. August nur Vormittags bis 1/9 Uhr

geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch öffentlich bekannt,

- 1) daß alle in Leipzig wohnhaften Knaben, welche Ostern 1879 und Ostern 1880 aus einer der hiesigen Volksschulen entlassen worden oder von einer höheren Schule abgegangen sind, ohne daß das 15. Lebensjahr vollendet zu haben, zu dem Besuche der Fortbildungsschule für Knaben verpflichtet sind;
- 2) daß die Anmeldung derselben, wenn sie im Bezirk der I. Fortbildungsschule wohnhaft sind, bei Herrn Director Dr. Bräutigam, dafern sie sich aber im Bezirk der II. Fortbildungsschule aufhalten, bei Herrn Director Dr. Stölz zu erfolgen hat;
- 3) daß auch diejenigen Knaben anzumelden sind, welche aus irgend einem Grunde von dem Besuche der hiesigen Fortbildungsschule entbunden zu sein glauben;
- 4) daß hier einziehende Knaben, welche Ostern 1878, 1879 und 1880 aus einer auswärtigen Volksschule entlassen worden sind, ebenfalls zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichtet sind und sofort, spätestens aber binnen drei Tagen nach dem Einzuge bei dem Director der Fortbildungsschule ihres Bezirks anzumelden sind;
- 5) daß Eltern, Lehrherren, Dienstverpflichteten und Arbeitgeber bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 30 A., die im Falle der Nichterlegung in Haft umzuwandeln ist, die schulpflichtigen Knaben zu dieser Anmeldung anzuhalten oder letztere selbst vorzunehmen haben.

Leipzig, am 4. August 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Erdndlin.

Lehnert.

### Die Gambettistische Republik.

Die letzten politischen Vorgänge in Frankreich ergeben die Gewissheit, daß die Gambettistische Republik nunmehr wohl begründet und in Fleisch und Blut unserer neuerwerbsschäftigen Nachbarn übergegangen ist. Das Pariser Armees- und das Cherbourger Marine-Fest sind nicht allein Anzeichen dafür. Auch die Neuwahl der einen Hälfte der Generalräthe, welche in der vorigen Woche stattgefunden, hat sich zu einem so glänzenden Siege der Republikaner gestaltet, wie man ihn noch vor wenigen Monaten nicht für möglich gehalten haben würde.

Während von den ausscheidenden 1412 Generalrathsmittgliedern nahezu die Hälfte den republikanischen Parteien nicht angehörien, haben diese nunmehr fast 300 Sitze, über die Hälfte aller neu zu besetzenden, gewonnen — und zwar vielfach in Departementen, die man für die sichersten Domänen der verschiedenen monarchischen Parteien bisher gehalten hat. Die ländlichen Bezirke haben sich heute mit demselben Eifer und derselben Entscheidung für die Republik erklärt, wie ebendies die politisch fortgeschrittenen Städte. Ja selbst auf Corsica, der Wiege des Bonapartismus, ist Jérôme Napoleon, der famose „Prinz Plonplon“, dem Republikaner Peradri unterlegen.

Die nicht zu unterschätzende Bedeutung dieses Ausfalls der Generalrathswahlen kommt erst zur vollen Klarheit, wenn man weiß, daß die Mitglieder der Generalräthe, zusammen mit den Deputirten und den Arrondissementräthen, die Senatoren wählen. Demnach ist also für die Wahl des Senats die entscheidende republikanische Partei fortan derart im Vortheil, daß auch die erste Kammer der französischen Legislative mehr und mehr den Charakter eines Hemmnisses der republikanischen Staatsform verlieren muß. Die republikanische Partei wird, das ist jetzt unausbleiblich, in Zukunft auch im Senate das entscheidende Wort zu sprechen haben, und die Folge davon wird die sein, daß die Reibungen zwischen Senat und Deputirtenkammer, welche jetzt noch sehr häufig den Gang der Staatsmaschine hemmen, in Zukunft in Fortfall kommen werden.

Mit dieser Harmonie der beiden Gesetzgebungs-factoren wird dann auch die Stellung der jeweiligen Regierung eine wesentlich leichtere werden, insofern diese dann nicht mehr nöthig hat, eine vermittelnde und darum nach beiden Seiten hin Anstoß erregende Stellung herauszulehren. Man wird auf Gambettistischer Seite mit größerer Entscheidung den Ausbau der Republik im Sinne ihrer Sicherung und in der Konsequenz ihrer Grundzüge betreiben können, als bisher. In der rühmlichen legislatorischen Action, die somit ermöglicht wird, werden auch die auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bezüglichen Gesetze in immer lebhafterem Tempo vorwärts schreiten. Dadurch aber wird der Volkswohlstand sich mühelos heben können; eine hoffnungsvolle Wahrnehmung, die dazu beitragen muß, das Vertrauen und die Liebe des französischen Volkes zur Republik zu festigen.

Es wird freilich nicht an Stimmen fehlen, welche in dieser Gestaltung der Sachlage eine Gefahr für Frankreich erkennen, daß die radical-revolutionären Doctrinen in einer die gesunde

Socialentwicklung föhrenden Weise zur Geltung gelangen werden. Es giebt aber kein Mittel, das besser geeignet wäre, die revolutionäre Gist zu nütigen und das Volk den Plänen auf einen plötzlichen Umsturz abgeneigt zu machen, als indem man die Schwierigkeiten beseitigt, welche dem Wirken einer energiegelben Reformthätigkeit entgegen stehen. Nur das mangelnde Vertrauen in die regel mäßigen Fortschritte der Gesetzgebung ist die Quelle der Umsturzpläne, und Alles, was jenes Vertrauen zu heben geeignet ist, das schließt auch vor einem revolutionären Radicalismus. Die volle Uebereinstimmung der gesetzgebenden Gewalten erweist sich in diesem Punkte als eine Gewähr für die Ruhe und Sicherheit des Landes und als ein Bollwerk gegen allerlei politische Putsch- und Pronunciamentos.

Schon heute schaut man auf communisistischer Seite, im Lager der Blanqui, Rochefort und Consorten, nach einem neuen Schlagwort aus, nach einer Parole, durch die man auch andere, als die catilinaren Elemente begeistern könnte. Der Widerstand des Senats gegen die kirchlichen Ordensgesetze, gegen die Unterrichtsreform und die Amnestie, welcher ganz Frankreich aufregte, war wohl geeignet den Gegenstand eines wirksamen Rufes zum Sammeln, an der Seite der Radicalen abzugehen und mit flügender Fingigkeit wurde dann auch das Wort „Fort mit den Senats!“ zur radicalen Parole gemacht. Mit dieser Politik der demagogischen Schlagwörter ist es nun, wie uns scheinen will, für die nächste Zeit vorbei. Wir fügen freilich hinzu, soweit der Charakter der Franzosen überhaupt berechenbar ist.

Wachen wir uns dahin schlüssig: mit dem Ausfall der letzten Generalrathswahlen ist der reactionnaire Charakter des Senats vernichtet, und mit dem republikanischen Geiste, der nun auch in dieser Körperschaft zur Geltung kommen wird, ist die Möglichkeit rascher politischer und socialer Fortschritte in Frankreich auch mit dem Zweikamersystem eröffnet. Möchten die Hoffnungen, welche das Land in dieses Verhältniß setzt, sich verwirklichen und möchte das französische Volk heute erkennen, daß es ganz in seiner eigenen Hand liegt, sich vor inneren und äußeren Gefahren zu schützen!

### Politische Uebersicht.

Leipzig, 13. August.

Seine Majestät der Kaiser haben Allerhöchstdingst geruht, im Namen des Reiches den k. preussischen Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe, Staatssecretair des Reichsamts des Innern Hofmann zum Staatssecretair in Elsaß-Lothringen mit Prädicat „Exzellenz“ zu ernennen, so lautet wörtlich die amtliche Mittheilung an der Spitze der „Elsaß-Lothring. Ztg.“ über die Wiederbesetzung der Stelle Herzogs. Daß nicht gleichzeitig vom „Reichs- und Staatsanz.“ die Demission Hofmann's aus seinen Aemtern als preussischer Minister und Staatssecretair des Innern gemeldet wurde, scheint zu der irrthümlichen Annahme Veranlassung gegeben zu haben, Hofmann werde überhaupt diese Aemter nicht niederlegen, sondern von Berlin aus auch noch die Geschäfte seiner eifässischen Stellung besorgen. Die „Befr.“ meint in der That: „Nominell ist der Staatssecretairposten wiederbesetzt, thatsächlich aber mit einem Manne,

der fern von Straßburg wohnt und mit anderen Angelegenheiten schon seine ganz Zeit und Arbeitskraft in Anspruch genommen sieht.“ Wenn das wirklich der Fall wäre, so würde das Amt eines „Staatssecretairs in Elsaß-Lothringen“ factisch keinen Inhalt mehr haben und die verfassungsmäßige Stellung, welche ihm als Stellvertreter des Statthalters u. s. w. durch das Reichsgesetz vom vorigen Jahre angewiesen ist, wäre absolut hinfällig. Als am 1. October vorigen Jahres die neue Verfassung für die Reichslande ins Leben trat, da wurde gerade betont, daß von jetzt ab ein Staatssecretair in der Person des Ministers Herzog die Geschäfte im Lande selbst und nicht mehr von der Berliner Reichskanzlei aus führe, und das war es ja auch, was der Reichskanzler in seiner großen Reichstagsrede im März v. J. hervorgehoben hatte, als er ausführte, daß Derjenige, der die Verantwortlichkeit trage, auch den Geschäften näher stehen solle. Er sagte damals unter dem Beifall der Hörer wörtlich: „Der Minister dieses Landes (Elsaß-Lothringen) sein will, muß dieses Amt als Haupt- und einziges Amt haben.“ In Wahrheit kann es denn auch nicht zweifelhaft sein, daß Herr Hofmann nach Straßburg übersiedeln und lediglich den Posten eines eifässischen Staatssecretairs bekleiden wird. Zu seinem Nachfolger in der Berliner Doppelstellung ist nach einem sehr glaubhaften Gerüchte der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Herr v. Büttcher, bestimmt, dessen hervorragende Thätigkeit bei den Vollerhandlungen des Jahres 1879 der Reichskanzler hat schätzen lernen. Nach Schleswig würde dann der Regierungspräsident, Herr v. Hagemeister, gehen, dessen Amtskreis Düsseldorf seit Jahren schon einen Durchgangsposten zu der höheren Stellung als Oberpräsident oder Minister gebildet hat.

Junckertum und Jesuitismus reichen sich wieder einmal die Hände, um ihrem Juden-hasse Ausdruck zu geben. Im ganzen Deutschen Reich circulirt gegenwärtig ultramontanen Blättern zufolge, eine an den Reichskanzler und Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck zu richtende Petition, welche die ersten Gefahren schildert, die nicht allein den wirtschaftlichen Verhältnissen und dem Wohlstande des Volkes, sondern auch seiner Kultur und Religion von dem Ueberhandnehmen des Judenthums und dessen steigendem Einflusse drohen sollen, und um diesen Gefahren zu begegnen, die Reform und Ergänzung jener Gesetzgebung als notwendig bezeichnet, welche die Ausbeutung und Verberbung des deutschen Volks durch die Juden und die von jüdischen Anschauungen angelegten Deutschen ermöglicht habe. Es wird daher die Bitte ausgesprochen, „der Reichskanzler wolle zur Verhinderung weiterer Zunahme des jüdischen Volkselements und jüdischen Einflusses den gesetzgebenden Körper des Deutschen Reichs und Preussens baldmöglichst Vorlagen machen, durch welche 1) die Massenwanderung der Juden, besonders von Osten her, erschwert wird; 2) diejenigen Geschäftszweige, welche, wie Börsen, Banken und Zeitungswesen, von den Juden und den zu jüdischen Anschauungen verführten Individuen zur Ausbeutung des deutschen Volkes benutzt werden können, controlirt und möglichst hoch besteuert werden; 3) die amtlichen Berufsfreie, deren Autorität durch das Eindringen jüdi-

scher Anschauungen gefährdet wird, etwa mit dem Rechte der Wahl, ähnlich wie es sich bei den Officiercorps schon längst bewährt hat, ausgerüstet werden; 4) gesetzliche Garantien für die völlige Ausschließung aller Juden von obrigkeitlichen Aemtern und Bejournissen geboten werden.“

Die Pforte scheint auf Neue Schwierigkeiten zu erheben. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß sie wegen unglücklicher Ziehung des Ducigno-Trac sich weigere, Ducigno abzutreten, und in Antwort auf die Collectionnote Lusi anbieten werde. Die Abreise des Kriegsministers Hussein Husni Pascha mit 4000 Mann nach Eltari bestätigt sich. Die Pforte wird bei den Mächten beantragen, diese Truppenmacht als Bürgschaft für die Ausführung der Abtretung Lusi zu betrachten und von einer Flottenlandung abjusehen. — Die bezüglich der Gründe, welche die Veretzung Midhat Pascha's von Damaskus nach Smyrna verursacht haben, einlaufenden näheren Nachrichten bestätigen im vollen Umfange, daß man diesen Mann noch immer fürchtet. Wie die „Politische Correspondenz“ aus Konstantinopel erfährt, hatte der Sultan auf dringendes Anathen des englischen Botschafters Golch ein eingewilligt, den Vertrauten und Freund Midhat Pascha's, Kais Effendi, welcher das Midhat'sche Reformprogramm für Syrien aus Damaskus überbracht, zu empfangen. Schon eine oberflächliche Prüfung dieses Programms genigte, den Sultan davon zu überzeugen, daß Midhat Pascha eine Art Halbsovereänität anstrebe, fast so weitgehend, wie die des Khedive von Egypten. Besonders aber beantragte das Berlangen Midhat's, daß die bewaffnete Macht Syriens seinen Befehlen unterstehen sollte. Ohne langes Warten beantwortete die Pforte daher diese Forderung mit der Ernennung des Ruschids Hussein Fezvi Pascha zum Truppen-Commandanten in Syrien. Dieser mit einem angeblich geheimen Auftrage nach Damaskus entsandte Marschall hatte thatsächlich die Befehle, zur Gewalt zu greifen, wenn Midhat auch nur Miene machen sollte, den Befehlen des Sultans Widerstand zu leisten. Aus Anlaß der mit Midhat's Veretzung zusammenhängenden Verhältnisse macht sich auf der Pforte gegen die englische Botschaft der Verdacht geltend, als habe sie die autonomistischen Bestrebungen der Kraber in Syrien unterstützt, oder doch wenigstens durch Midhat von der Bedeutung dieser Frage und dem Stande der geheimen Verhandlungen genaue Kenntniß erhalten, während der Ball der Pforte gegenüber bemüht war, die Sache als ganz unbedeutend hinzustellen.

Die bulgarische Regierung hat die Vorstellungen der Mächte, betreffend die Repatriirung der mohamedanischen Unterthanen, endlich mit einem weitläufigen Rundschreiben beantwortet, in welchem sie drei Angelegenheiten als diejenigen bezeichnet, mit welchen sie sich auf das Eifrigste beschäftige, 1) der Zustand in Ost-Bulgarien, 2) die Rückkehr der Flüchtlinge und 3) die Rückgabe des unbeweglichen Besizes an die Mohamedaner. Daß sie den erwähnten Zustand bisher nicht zu unterdrücken vermochte, giebt die bulgarische Regierung zu und mißt alle Schuld der Pforte bei. Bezüglich der Repatriirung wird behauptet, daß

Aufgabe 16.150.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M., incl. Frachtlohn 5 M., durch die Post bezogen 6 M., Jede einzelne Nummer 25 Pf., Belegexemplar 10 Pf., Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 30 Pf., mit Postbeförderung 48 Pf.

Inserate 5 gep. Petitzeile 30 Pf., Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstich die Spalte 40 Pf., Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pränumerando oder durch Postnachschuß.